

Newsletter aus Brüssel

25.9.2015, Ausgabe 7

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Europäische Arbeitsplätze durch mögliche Aufgabe des Antidumpingrechts gefährdet
- EU-Initiative gegen die Wegwerfgesellschaft
- Bündnis "Zukunft der Industrie" – Brüssel mit im Blick haben
- Erste Rede zur "Lage der Union" des EU-Kommissionspräsidenten – ein Appell an die Europäische Gemeinschaft

Europäische Arbeitsplätze durch mögliche Aufgabe des Antidumpingrechts gefährdet

In jüngster Zeit gab es heftige Konflikte im Zusammenhang mit der Verhängung von Antidumpingmaßnahmen gegen China im Stahlbereich. Nun erwägt die EU, China handelsrechtlich als Marktwirtschaft anzuerkennen. Eine solche Entscheidung bedroht in der Konsequenz etliche Jobs in Europa.

In einer Vielzahl von Sektoren sind Billigimporte aus China ein wirtschaftliches Problem. Gegen Dumping kann sich die EU unter bestimmten Voraussetzungen wehren und Strafzölle verhängen. Die Verfahrensmöglichkeiten sind für Staaten mit Marktwirtschaftsstatus allerdings limitiert. Sollte der Schutz gegen staatlich finanziertes Dumping nun eingeschränkt werden, wäre ein dramatischer Anstieg von chinesischen Dumpingimporten zu erwarten. Die Verfasser einer Studie des US-amerikanischen Economic Policy Institute (EPI) schätzen, dass dann EU-weit 1,7 bis 3,5 Millionen Arbeitsplätze innerhalb der kommenden fünf Jahre wegfallen könnten. Besonders stark betroffen wäre Deutschland. Das EPI geht von 320.000 bis 639.000 bedrohten Arbeitsplätzen aus. Nicht nur die Stahlindustrie wäre davon betroffen, sondern auch die Branchen Metall, Textil, Autoteile und Umwelttechnologien. Die IG Metall wendet sich gegen die Einschränkung des Schutzes gegen staatlich finanziertes Dumping.

- Studie des Economic Policy Institute

EU-Initiative gegen die Wegwerfgesellschaft

Die EU-Kommission hat für Ende des Jahres 2015 eine ambitionierte neue Strategie zur ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft angekündigt. Die IG Metall begrüßt dieses Vorhaben.

Konkret plant die Kommission, einen überarbeiteten Legislativvorschlag zur Abfallwirtschaft und eine Mitteilung mit einem Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft vorzulegen. Dieser soll alle Stufen der Wertschöpfungskette umfassen, von der Rohstoffförderung über die Herstellung, den Warenvertrieb, die Reparatur, die Wiederverwendungssysteme bis zur Abfallwirtschaft und zum Recycling. Am 9. Juli 2015 hatten die Abgeordneten des Europaparlamentes in einem Initiativbericht die Kommission dazu aufgefordert, in ihren Gesetzesvorschlägen verbindliche Zielwerte für die Reduktion von Siedlungs- und industriellem Müll für 2025 festzulegen. Der Bericht ist jedoch nicht rechtlich verbindlich, sondern stellt eine Empfehlung an die Kommission dar. Auf einer Podiumsdiskussion zu "Ressourceneffizienz in der Kreislaufwirtschaft" der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel am 14. September 2015 sprach sich der anwesende Vertreter der Kommission, Generaldirektor Daniel Calleja Crespo (Generaldirektion Umwelt), für vier Leitlinien aus. 1) Die Gestaltung der Produkte, Entscheidungen über Materialien, Lieferanten und Produktionsstandorte – kurz: das Produktdesign – sollen zukünftig dem Ziele der effizienten Kreislaufwirtschaft untergeordnet werden; 2) Die Rahmenbedingungen für öffentliche Beschaffungen (Auftragsvergabe) sollen "grüner" werden; 3) Das Abfall- und Recyclingmanagement müsse effektiver gestaltet werden; 4) Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten sollen bei der Umsetzung der Maßnahmen besser begleitet werden.

Die IG Metall begrüßt die geplante Gesetzesinitiative der Kommission. Nur mit ambitionierteren Zielen für eine effizientere Nutzung von Rohstoffen und Endprodukten werden wir die Ökosysteme bewahren und die europäische Industrie zukunftsfähig gestalten können, so die Gewerkschaft. Sie unterstützt seit Jahren innovative Maßnahmen nachhaltigen Wirtschaftens in den Betrieben. Die Kommission sollte in ihrer Initiative insbesondere das Konzept des Cradle to Cradle (sinngemäß "von der Wiege bis zur Wiege") berücksichtigen, so die IG Metall. Das Konzept besagt, dass Güter aus Materialien hergestellt werden, die später wieder in den biologischen oder technischen Kreislauf zurückkehren und für neue Produkte verwendet werden. Eine Produktion nach diesem Konzept ist laut IG Metall eine große Chance für die Industrie in Europa: Sie kann ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, zum Innovationsmotor und zur Wachstums- und Jobmaschine werden.

- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli 2015 zum Thema "Ressourceneffizienz: Wege zu einer Kreislaufwirtschaft"
- Die EU-Kommission über ihr Vorhaben einer neuen Strategie zur Kreislaufwirtschaft
- IG Metall Interview: Cradle to Cradle – statt Verzicht bessere Produkte, die kein Abfall werden

Bündnis "Zukunft der Industrie" – Brüssel mit im Blick haben

Den Industriestandort Deutschland nachhaltig und modern gestalten – das ist das Ziel des Bündnisses "Zukunft der Industrie". Die IG Metall ist Gründungsakteur. Für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Industrie in Deutschland reicht dabei allerdings nicht der Blick auf die Industriepolitik im eigenen Land. Maßgebliche Rahmenbedingungen werden auf europäischer Ebene gesetzt.

Angesichts der zentralen Herausforderungen von demographischem Wandel, Energiewende, Digitalisierung und Globalisierung wollen Vertreter der Bundesregierung, der Wirtschaft und der Arbeitnehmer gemeinsam für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eintreten. Sie gründeten daher am 3. März 2015 das Bündnis "Zukunft der Industrie". In fünf hochrangigen Arbeitsgruppen sollen Handlungsempfehlungen zu Kernthemen des Bündnisses entwickelt werden.

Am 11. September 2015 tagte die Arbeitsgruppe mit dem Themenschwerpunkt "Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie" in Brüssel. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Europa und internationale Beziehungen, ist leitendes Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Er betonte: "Für die Zukunft der Industrie in Deutschland ist es notwendig, auch nach Brüssel zu blicken. Die Industriepolitik der EU setzt bei wichtigen Leitlinien den Rahmen für zukünftige Chancen und Entwicklungstrends der Industrie in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Zentrale Weichen werden bereits gestellt. Stichworte sind die Europa 2020-Strategie, EU-Investitionspolitik, Digitale Binnenmarktstrategie und Energieunion." Es sei daher entscheidend, möglichst frühzeitig in die europäischen Gesetzgebungsprozesse einzuwirken und möglichst eine gemeinsame und starke Position zu vertreten. "Die IG Metall wird sich für europäische Rahmenbedingungen im Sinne der Beschäftigten einsetzen, für faire und tariflich abgesicherte Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsrechte", so Lemb.

Erste Rede zur "Lage der Union" des EU-Kommissionspräsidenten – ein Appell an die Europäische Gemeinschaft

In seiner ersten Rede zur "Lage der Union" am 9. September 2015 rief EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Mitgliedstaaten angesichts der immensen Herausforderungen, insbesondere der Flüchtlingsproblematik, zu Einigung und Geschlossenheit auf. Die Rede Junckers sowie die veröffentlichten Begleitdokumente geben außerdem Aufschluss über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der Kommission.

Es fehle an einer gesamteuropäischen Haltung in der Union, und es fehle an "Union in dieser Union", gab Juncker in seiner Rede zur "Lage der Union" an das Plenum im Europäischen Parlament zu bedenken. Die Rede sowie die anschließende Debatte im Plenum waren geprägt von den akuten Fragen der Flüchtlingskrise. Juncker betonte, zu

einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik gebe es keine Alternative. Außergewöhnlich scharf kritisierte er die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Staaten, vor allem Ungarn, die Tschechische Republik, Polen und die Slowakei. Ihre Verweigerung einer konstruktiven Beteiligung an einer Lösung der Flüchtlingsproblematik sei nicht hinzunehmen. Juncker erinnerte sie eindringlich an ihre eigene Geschichte, an die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen in Zeiten nationaler Krisen Mittel- und Osteuropas des vergangenen Jahrhunderts.

In Junckers Rede wie auch im ebenfalls veröffentlichten "Letter of intent", werden Arbeitsschwerpunkte der Kommission bis Ende 2015 und 2016 genannt. Ein zentrales Vorhaben wird die verstärkte Umsetzung des Investitionsplans, insbesondere des Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), bleiben. Des Weiteren plant die Kommission ein Gesetzespaket zur Kreislaufwirtschaft sowie Initiativen im Bereich Energiepolitik, vor allem die Strom- und Gasmärkte, erneuerbare Energien und die Energieeffizienz betreffend. Noch 2015 sollen die Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen präsentiert sowie ein Paket zur Arbeitskräftemobilität vorgelegt werden. Der Abschluss der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen der EU mit den USA, TTIP, wird nun nicht mehr wie bislang bis Ende 2015 sondern bis Ende 2016 angestrebt. Besondere Arbeitsschwerpunkte der Kommission seien die Vergemeinschaftung der Migrationspolitik sowie ein gemeinsames Asylsystem. Die IG Metall begrüßt diesen Vorstoß der Kommission angesichts der dramatischen Lage der Flüchtlinge und der teilweise unsolidarischen Haltung in einigen EU-Mitgliedstaaten. In ihrer Erklärung zur Flüchtlingspolitik fordert die IG Metall neben einer gerechten Aufteilung der Belastung auf die europäischen Staaten eine Praxis EU-einheitlicher menschenwürdiger Standards bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

- Rede Jean-Claude Junckers zur "Lage der Union"
- "Letter of intent" der EU-Kommission
- Erklärung der IG Metall "Für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlingspolitik"

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand